



## Protokoll der 22. Sitzung des Einwohnerrates

vom 1. November 2006, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Entschuldigt:** Claudia Roche, Vreni Wunderlin

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung (Teilgebiet ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum) <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/118
2. Bericht des Stadtrates betreffend Friedhofgebäude, Sanierung Gerätehaus – Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: Antrag des Stadtrates genehmigt.</i>	2006/119
3. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Winterdienst in Liestal <i>://: Erledigt.</i>	2006/110
4. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Natureisplatz zum Schlittschuhlaufen <i>://: Erledigt.</i>	2006/111
5. Mündlicher Zwischenbericht zum Postulat von Erika Eichenberger, Grüne Fraktion, betreffend Durchführung eines Audits über die Reorganisation der Sozialen Dienste <i>://: Vertagt.</i>	2006/86
6. Mündlicher Zwischenbericht zur Interpellation von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend Teillohnprogramm und zur Interpellation von Claudia Roche und Walter Leimgruber, SP-Fraktion, betreffend Integrationsmassnahmen Sozialhilfe <i>://: Vertagt.</i>	2006/112 2006/114
7. Motion des Büros des Einwohnerrates betreffend Anpassung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2006/115
8. Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2006/116
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Corinne Ruesch, Grüne Liestal, betreffend Cercle Indicateurs <i>://: Vertagt.</i>	2006/117
10. Fragestunde	

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen November-Einwohnerratssitzung.

---

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. September 2006**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

---

### **Mitteilungen der Ratspräsidentin**

- Von Doris Greiner ist ein Rücktrittsschreiben folgenden Inhalts eingetroffen: „Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Am 19. August 1998 nahm ich gespannt an meiner ersten Einwohnerrats-Sitzung teil. Heute, gut acht Jahre später, teile ich Euch meinen Rücktritt per 31. Dezember 2006 mit. Eine neue berufliche Herausforderung wartet auf mich und hat mich zu diesem Schritt bewogen. Die Erlebnisse und Begegnungen in diesem Ratssaal, in den Kommissionssitzungen und in der SP-Fraktion haben mein Leben bereichert. Dafür bedanke ich mich herzlich bei Euch. Ich wünsche Euch allen weiterhin konstruktive Zusammenarbeit, viel Freude in der politischen Arbeit und persönliches Wohlergehen.“
  - Die Gesundheitsförderung Baselland hat nach der Messung des BMI (Body Mass Index) bei den Mitgliedern des Einwohnerrates Folgendes zurückgemeldet: 25 Personen haben teilgenommen. Dies sind 62,5 %. Der durchschnittliche BMI des Einwohnerrates liegt bei 25,08. Das entspricht dem oberen Ende der Norm. Der höchste BMI liegt bei 31, der tiefste bei 19,2. Übergewichtig waren 11 (44 %) Personen und adipös eine Person. Die Gesundheitsförderung hat überrascht, dass es im Einwohnerrat so wenig Übergewichtige gibt, fügt aber an, dass dieses Ergebnis auch daher rühren könne, dass man nichts wisse über die, die nicht teilgenommen haben.
  - Am Benefizkonzert mit den Steppin' Stompers zugunsten der Rettung der Weihnachtsbeleuchtung sind CHF 5000.- zusammengekommen. Es fehlen weitere CHF 5000.-. Es gibt einen kleinen Verein, der als Sponsoring-Aktion symbolisch Glühbirnen verkauft. Sie sind in der Pause bei Hanspeter Meyer erhältlich.
- 

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

- Der Einwohnerrat hat die Bildung einer interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe als Bindeglied zum MigrantInnenforum beschlossen. Das Büro hat den Auftrag erhalten, möglichst bald die Bildung dieser Gruppe in die Wege zu leiten und deren erste konstituierende Sitzung einzuberufen. Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler hat aufgrund eines Gesprächs mit VertreterInnen von MigrantInnenforum und der stadträtlichen Integrationskommission ein Papier erstellt, das das Umfeld dieser neuen Gruppe beschreibt und die AkteurInnen im Bereich der Integrationspolitik zeigt. Das Büro schlägt folgendes Vorgehen vor: Der interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe gehören vier Personen an. Jede Fraktion soll eine Vertreterin oder einen Vertreter bestimmen. Die Integrationsgruppe hat das Ziel, sich mit dem MigrantInnenforum zu gemeinsamen Sitzungen zu treffen. Zu den Treffen soll auch je eine Vertretung der stadträtlichen Integrationskommission und des Bürgergemeinderates eingeladen werden. Die Vorstellung ist, dass auch das MigrantInnenforum vier Personen zu gemeinsamen Treffen delegiert. 10 Personen wären eine sinnvolle Gruppengrösse. Der Status der Integrationsgruppe wird noch nicht näher definiert. Die Mitglieder werden gebeten, in einem Jahr dem Einwohnerrat über ihre Arbeit zu berichten und allenfalls einen Antrag zu stellen, wenn sie den Status einer Spezialkommission als sinnvoll erachten. Die Gruppe soll zunächst frei sein, sich zu konstituieren. Die Einwohnerratspräsidentin

tin wird sobald als möglich eine erste konstituierende Sitzung der interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe einberufen, damit bald mit dem MigrantInnenforum Kontakt aufgenommen werden kann.

- Eine Reihe von stadträtlichen Berichten ist überfällig. Der Stadtrat hat dem Büro dazu Folgendes mitgeteilt: Die Berichte zu den Postulaten „Es geht mich etwas an...“ (Nr. 2005/51) und „Kunstrassenfelder auf der Sportanlage Gitterli“ (Nr. 2005/71) werden dem Einwohnerrat am 17. Januar 2007 unterbreitet. Den Bericht zum Postulat „Bedarfsanalyse für eine Tagesschule in Liestal“ (Nr. 2005/62) bekommt der Einwohnerrat am 27. Juni 2007 vorgelegt.

---

Als **Stimmzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- |                         |                              |
|-------------------------|------------------------------|
| - Elisabeth Augstburger | Seite FDP                    |
| - Regina Vogt           | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Walter Leimgruber     | Mitte, Büro                  |
- 

### Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121);
- Postulat von Paul Pfaff, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bestattung von Musliminnen und Muslimen (Nr. 2006/122).

---

### Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass an jedem Platz eine Papiertasche mit dem Aufdruck „Liestal“ liege. Sie sei für die Gewerbeausstellung geschaffen worden, diene aber auch als Geschenkverpackung.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, sie müsse mehrere Geschäfte von der heutigen Traktandenliste nehmen. Bei Interpellationen sei kein mündlicher Zwischenbericht möglich. Deshalb informiere sie jetzt kurz über diese Themen, als Erstes über das Audit über die Sozialen Dienste. Der Stadtrat habe eine Firma damit beauftragt, die Sozialen Dienste zu auditieren. Es handle sich um das gleiche Unternehmen, das den Kennzahlenvergleich der Sozialen Dienste von sieben Baselbieter Gemeinden, Liestal inbegriffen, durchgeführt habe. Diese Firma habe damit wichtige Kenntnisse über die Struktur von Liestal und der Sozialen Dienste erworben. Der Stadtrat habe beschlossen, in den kommenden fünf Jahren solle jährlich ein Audit stattfinden. Dadurch könnten sofort Massnahmen eingeleitet werden, wenn es zu Veränderungen käme. Im Dezember 2006 werde der Einwohnerrat Informationen zum ersten Bericht erhalten.  
Als Zweites wolle sie zu den Themen Teillohnprogramm und Integrationsmassnahmen Sozialhilfe etwas sagen. Morgen finde eine Sitzung statt, an der es darum gehe, wie die Stadt neue Integrationsprojekte lancieren könne. Als Grundlage brauche es das neue Sozialhilfegesetz, das auf den 1. Januar 2007 in Kraft trete. Die Stadt habe aber die Zusage des kantonalen Sozialamtes erhalten, dass sie diesen Prozess bereits starten könne. An der Sitzung von morgen nähmen Vertreter des Bereichs Soziales, der Politik und der Wirtschaft teil. Auch Einwohnerratsmitglieder seien dabei.
- Stadtrat Peter Rohrbach gibt bekannt, der Stadtrat habe gestern das Budget 2007 verabschiedet. Er habe sich bei der Planung strikt an den Finanzplan gehalten. Das Budget werde in den nächsten Tagen an die Fiko und die BPK verschickt.

### **Traktandenliste**

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) schlägt vor, die Traktanden Nr. 5 (Mündlicher Zwischenbericht zum Postulat betreffend Durchführung eines Audits über die Reorganisation der Sozialen Dienste, Nr. 2006/86) und Nr. 6 (Mündlicher Zwischenbericht zur Interpellation betreffend Teilohnprogramm und zur Interpellation betreffend Integrationsmassnahmen Sozialhilfe, Nr. 2006/112 und 2006/114) zu vertagen, da die Antworten dazu noch nicht vollständig vorlägen. Auch das Traktandum Nr. 9 (Antwort des Stadtrates auf die Interpellation betreffend Cercle Indicateurs, Nr. 2006/117) könne nicht auf der Liste bleiben, da die Antwort schriftlich erteilt werde, diese aber noch nicht zur Verfügung stehe.

://: Die abgeänderte Traktandenliste wird mit grossem Mehr genehmigt.

**172 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten**

**1. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung - Teilgebiet ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum (Nr. 2006/118)**

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Mit der Revision der Ortsplanung wird aufgezeigt, wie die Zukunft Liestals aussehen soll. Wir wollen zusätzlichen Wohnraum sowie Entwicklungsmöglichkeiten für Wirtschaft und Gewerbe schaffen. Mit den knappen Landreserven müssen wir jedoch haushälterisch umgehen. Im Legislaturprogramm des Stadtrats hat zudem die Förderung der Lebens- und Wohnqualität hohe Priorität, wobei wir die Durchgrünung der Quartiere erhalten und verstärken wollen. Dieser Zielsetzung untersteht auch die Revision der Ortsplanung. Nur wenige Bauzonen am Rand Liestals werden erweitert, denn die Siedlung soll sich gegen innen entwickeln.

Gestützt auf das vom Stadtrat erarbeitete Leitbild 1992 sowie den Entwicklungsplan `95 wurde im April 2003 mit der Teilrevision der Nutzungsplanung aus dem Jahre 1974 ausserhalb des Zentrums begonnen. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 20. Juli 2004 über die rund 20 wichtigsten Inhalte der Revision die strategischen Weichenstellungen als Zwischenentscheide für die Weiterbearbeitung beschlossen. Im April 2005 wurden die erarbeiteten Unterlagen beim Amt für Raumplanung zur Vorprüfung eingereicht. Nach verschiedenen Vorgesprächen wurde der offizielle Vorprüfungsbericht Mitte September 2005 der Stadt Liestal unterbreitet.

Am 15. November 2005 hat der Stadtrat zuhanden des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens vom 3. Januar bis 1. März 2006 die Plan- und Reglementsunterlagen verabschiedet. In der vom Einwohnerrat bis 29. März 2006 verlängerten Mitwirkungsfrist sind 196 Eingaben eingegangen. Nach diversen Informationen zu den eingegangenen Anregungen mit den Eingebenen sowie der Bevölkerung liegen nun die überarbeiteten Planungsgrundlagen für die Behandlung im Einwohnerrat vor.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Die folgenden Mutationen zu den Zonenvorschriften Siedlung, ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum, werden beschlossen:
  - a) Zonenreglement mit Anhang
  - b) Zonenplan, Teil Grundnutzung
  - c) Zonenplan, Teil überlagernde Gebiete, Zonen und Objekte
  - d) Strassennetzplan, ganzes Siedlungsgebiet
  - e) Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan, ganzes Siedlungsgebiet
2. Der Inventarplan wird zustimmend zur Kenntnis genommen und als behördenverbindlich erklärt.
3. Die im Jahre 1992 überwiesene Motion zur Überarbeitung der Zonenvorschriften 1974 (Nr. 92/366) und die im Jahre 2002 überwiesene Motion zur Reduktion der OeWA-Zone (2002/117) werden abgeschrieben.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die BPK, falls das Eintreten auf die Vorlage nicht bestritten werde. Es liege auch kein Antrag auf Rückweisung des Geschäfts vor.

://: Die Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er bedanke sich dafür, dass die Überweisung so problemlos vor sich gegangen sei. Seit dem Jahr 1995, als der Richtplan herausgegeben worden sei, habe das Geschäft die Verwaltung hingehalten, ebenso die Begleitkommission. Er habe diese Kommission in den letzten zwei Jahren begleitet. Der Vorschlag des Stadtrates habe ziemlich hohe Wellen geworfen. An den diversen Info-Veranstaltungen habe sich die Bevölkerung kritisch, aber auch positiv geäussert. Viele Anregungen seien in den vorliegenden Stadtrats-Vorschlag eingebaut worden. Dass die Auseinandersetzung im Vorfeld gelungen sei, sei ein gutes politisches Zeichen für Liestal. Er sei zuversichtlich für die Kommissionsarbeit, mit der allerdings in diesem Jahr wahrscheinlich noch nicht begonnen werden könne.

Pascal Porchet (FDP) gibt bekannt, er habe ein E-Mail von der Direktion der Schild AG erhalten. Darin gehe es um die Teilrevision Nutzungsplanung Siedlung. Auf Seite 14 heisse es, dass das Schild-Areal verkauft werden solle. Dies habe Wellen geworfen. Er sei gebeten worden, das Schreiben der Schild AG im Rat zu zitieren. Darin sei ausdrücklich mitgeteilt worden, dass das Schild-Areal nicht verkauft werde. Das E-Mail von Peter Schild habe folgenden Wortlaut: *„Mit Überraschung habe ich festgestellt, dass im betreffenden Bericht auf Seite 14 das Schild-Areal verkauft werden soll. Wie ein solcher Eintrag ohne Rücksprache mit unserer Firma gemacht wurde, ist mir unverständlich. Wir haben absolut keine Absicht, das Areal zu verkaufen, im Gegenteil werden wir voraussichtlich einen grösseren Neubau erstellen. Sollte an der heutigen Einwohnerratssitzung dieser Passus nicht gestrichen und im Protokoll erwähnt werden, müssen wir rechtliche Schritte wegen Kreditschädigung vornehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir mit neuen Mietern oder bestehenden Mietern langfristige Mietverträge abschliessen können. Dass so ein Eintrag gemacht wurde und bleibt, kann ich mir nur vorstellen, dass die Stadträte die Vorlage gar nicht gelesen haben.“* Es genüge, wenn diese Reaktion der Schild AG ins Protokoll aufgenommen werde.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er habe bereits Kontakt mit der Schild AG gehabt und mit deren Vertretern einen Termin abgemacht.

**173 B.2.2. Friedhofanlagen**

**2. Bericht des Stadtrates betreffend Friedhofgebäude, Sanierung Gerätehaus - Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2006/119)**

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Das 1962 erstellte, einstöckige Friedhofgebäude ist in einem baulich schlechten Zustand und muss saniert bzw. erneuert werden. Das Projekt wurde dem Einwohnerrat bereits einmal vorgestellt (Vorlage Nr. 2005/68), jedoch an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückgewiesen.

Das heute vorliegende Projekt befriedigt die Bedürfnisse aller am Planungsprozess beteiligten Parteien. Mit einfachen finanziellen und baulichen Mitteln kann ein Optimum für die Nutzer (Mitarbeiter Bereich Betriebe sowie Friedhofbesucher/innen) geschaffen werden. Der Stadtrat schlägt eine Sanierung des bestehenden Gebäudes mit Erhalt der heutigen Strukturen und dem behindertengerechten Ausbau der WC-Anlage vor.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt dem Projekt "Sanierung Gerätehaus Friedhof" zu und bewilligt den dafür notwendigen Baukredit von brutto CHF 120'000.-.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) legt dar, es handle sich um die zweite Vorlage zu diesem Thema. Eine kostengünstigere Variante sei gefragt gewesen. Eine solche liege nun vor.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, das Stadtbauamt habe die Sache nochmals zusammen mit dem Bereich Betriebe analysiert. Die Mischnutzung von Aufbahrungshalle und Toilettenanlage habe man als nicht sehr günstig betrachtet. Deshalb habe man das alte Gebäude nochmals genau angeschaut und festgestellt, dass es sich renovieren liesse. Er habe daraus gelernt, dass es sinnvoll sei, zuerst Varianten zu studieren. Möglicherweise werde der beantragte Kredit von CHF 120'000.- sogar unterschritten.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, es liege kein Überweisungsantrag vor. Deshalb gehe man in die Direktberatung.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, er nehme im Namen der Bau- und Planungskommission Stellung. Die BPK habe die Rückweisung der ursprünglichen Vorlage beantragt. Sie sei erfreut über die abgespeckte Version, die den Wünschen der Kommission entspreche. Es werde eine zweckmässige Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Mit diesem Kompromiss könnten alle leben. Seine Fraktion sei derselben Meinung und unterstütze den Antrag des Stadtrates.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, auch die FDP-Fraktion stehe einstimmig hinter der Vorlage. Für das neue Friedhofgebäude seien einst CHF 300'000.- im Budget eingestellt worden. Nun sei eine Reduktion dieses Betrages auf CHF 120'000.- möglich gewesen. Dies sei der BPK zu verdanken. Seine Fraktion habe vermisst, dass die Mitarbeitenden der Betriebe nicht aktiv eine Kostenverringerung angestrebt hätten.

Jürg Holinger (GL) äussert, auch die Grüne Fraktion stimme der Vorlage zu. Sie sei zunächst überrascht und ein wenig hin- und hergerissen gewesen, weil es ursprünglich geheissen habe, eine Sanierung des alten Gebäudes wäre zu teuer. Ebenso habe man aber auch schon

von Anfang an festgestellt, dass die Tragelemente des Gebäudes in Ordnung seien. Wie Stadtrat Ruedi Riesen ausgeführt habe, könne man es ein zweites Mal besser machen. Seine Fraktion habe Vertrauen in das neue Projekt. Ihm fehle aber der Vergleich zum Vorschlag der BPK. Es interessiere ihn, weshalb dieser Vorschlag nicht unterstützt worden sei.

Franz Kaufmann (SP) betont, auch die SP-Fraktion unterstütze den stadträtlichen Antrag. Ein Problem sei aber die Unschärfe im Finanzplan. Jahre vor einer Sanierung stelle man einen geschätzten Betrag ins Budget ein. Die betreffende Zahl verfestige sich mit der Zeit. Man müsse aufmerksamer in Bezug auf die Zahlen im Finanzplan sein. Beispielsweise seien für das Jahr 2010 für die Sanierung der Rathausstrasse CHF 1,3 Mio. eingeplant. Das könne nur eine grobe Schätzung sein. Auch dieser Betrag rücke jährlich näher, irgendwann stehe er dann im Budget.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, der Vorschlag der BPK wäre wesentlich teurer gewesen als der nun vorliegende. Betreffend Finanzplan weise er darauf hin, dass er Richtgrössen enthalte. Natürlich müssten die Zahlen jedes Jahr genauer werden.

://: Der Bruttokredit von CHF 120'000.- wird einstimmig genehmigt.

**174 S.2.5.4. Strassenunterhalt, Werkdienst: Winterdienst**

**3. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Stefan Saladin  
namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Winterdienst in  
Liestal (Nr. 2006/110)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Winterdienst in Liestal**

Noch ist es herbstlich mild, der letzte Schnee vom März liegt hinter uns, der nächste Winter kommt bestimmt. Trotzdem...

Der März 2006 ist Vergangenheit, doch diese alte Geschichte gibt immer noch verschiedentlich Anlass zu Diskussionen. Die überraschenden Schneemassen am Fasnachtswochenende haben einige Personen der Stadt überfordert. Hoffen wir doch, dass die kommenden Fasnachtstage bei besserem Wetter stattfinden dürfen, und hoffen wir doch auch, dass die Verantwortlichen beim nächsten Ereignis vorbereitet sind und dann couragierter auftreten können und zack, einen Entscheid treffen können. Nach dem Motto: Was für Basel dr Morgestraich, isch für Liestal dr Chienbäse!

Deshalb bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Für welche Strassen ist der Kanton, für welche die Gemeinde zuständig?
2. Welche Prioritäten gelten in Bezug auf Hauptstrassen, Nebenstrassen, Quartierstrassen, Trottoirs und Velowege?
3. Welche Massnahmen gehören zum normalen Winterdienst?
4. Welches sind die Kriterien für den Einsatz von zusätzlichem Personal, Räumungsfahrzeugen, Schneepflügen, Pneu-Ladern, LKWs usw.?
5. Gibt es Verträge mit ortsansässigen Baubetrieben?
6. Wie werden die Grundeigentümer über ihre Pflichten (Schneeräumung Garagenplätze) usw. informiert? Ist ein Merkblatt vorhanden? Auch für Zuzüger?

Ich möchte darauf hinweisen, dass nicht der vergangene Winter zum Thema gemacht wird, sondern dass in der Zukunft dieses Problem nicht mehr vorkommt.

Stefan Saladin  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
25. September 2006

---

Stadträtin Marion Schafroth erläutert, der Stadtrat habe an seiner Sitzung vom 24. Oktober 2006 das Thema Winterdienst ausführlich diskutiert. Bereichsleiterin Claudia Christiani habe die Regelungen präsentiert. Der ganze Stadtrat habe sie zur Kenntnis genommen und stehe dahinter. Er habe sich vor allem deshalb mit dem Thema befasst, weil er habe wissen wollen, welchen Einfluss die Ereignisse rund um die vergangene Fasnacht auf den Winterdienst hätten. Gründlich sei auch Frage betrachtet worden, welche Strassen nur noch weiss geräumt würden. Die Mitteilungen zum Winterdienst würden auch in der nächsten Ausgabe des amtlichen Mitteilungsblatts „Liestal aktuell“ und im Internet veröffentlicht. Im Internet sehe

man auch, welche Strassen nur weiss geräumt würden und auf welchen Wegen gar kein Winterdienst stattfindet.

Die Fragen der Interpellation beantworte sie wie folgt:

*1. Für welche Strassen ist der Kanton, für welche die Gemeinde zuständig?*

Der Kanton ist für die Kantonsstrassen und die Nationalstrassen zuständig. Die Gemeinde ist für die gemeindeeigenen Strassen, Fusswege, Trottoirs, Treppen und Plätze sowie für die Trottoirs der Kantonsstrassen zuständig.

*2. Welche Prioritäten gelten in Bezug auf Hauptstrassen, Nebenstrassen, Quartierstrassen, Trottoirs und Velowege?*

Folgende Dringlichkeitsstufen werden unterschieden:

1. Dringlichkeitsstufe:

- Hauptverkehrsstrassen (z.B. Militärstrasse)
- Steilstrecken
- Busrouten, Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel
- Strassen zu Bahnhöfen, Spitälern, Feuerwehr und Polizei
- Wichtige Fussgängerverbindungen, Treppenanlagen und Radwege

2. Dringlichkeitsstufe:

- Quartierstrassen
- Fussgängerverbindungen und Treppenanlagen zu Schulhäusern, Industrie- und Gewerbeanlagen
- wichtige öffentliche Parkplätze

3. Dringlichkeitsstufe:

- Alle übrigen Strassen und Verkehrsflächen, die im Winter unterhalten werden müssen.

Die Dringlichkeitsstufen sind im Einsatzplan festgehalten. Bei anhaltendem Schneefall sind die Strassen der 1. Dringlichkeitsstufe wiederholt zu räumen, jene der 2. Dringlichkeitsstufe möglichst bald danach.

Folgende Winterdienststandards werden unterschieden:

- |            |   |
|------------|---|
| Standard A | Schwarzräumung (Einsatz von Salz und weiteren Auftaumitteln)  |
| Standard B | Schneeglätte auf der Fahrbahn vermeiden und längerfristig, auch unter Ausnützung der klimatischen Bedingungen, eine Schwarzräumung anstreben (Einsatz von Salz und weiteren Auftaumitteln ist möglich). |
| Standard C | Ohne Auftaumittel eine stets befahr- bzw. begehbare Fahrbahn offen halten (Weissräumung, Einsatz von Splitt ist möglich).   |
| Standard D | Kein Winterdienst   |

Quelle: SN 640 756 a (Schweizer Norm der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachleute (VSS))

*3. Welche Massnahmen gehören zum normalen Winterdienst?*

1. Vorbereitungsarbeiten

- Überprüfung und allfällige Anpassungen der Dringlichkeitsstufen und Winterdienststandards für alle Strassen, Fusswege, Trottoirs und Treppen
- Festlegung der Einsatzrouten pro Fahrzeug und pro Gruppe Handreinigung
- Alarmierungskonzept, Bestimmung der Einsatzleiter
- Überprüfung und Instandsetzung des Fahrzeug- und Geräteparkes
- Bereitstellung der Streugüter und Auftaumittel
- Aufstellen und Füllen der Splitterkisten
- Signalisationen und Entfernen von Hindernissen

- Information der Bevölkerung und der „Blaulichtorganisationen“
- Schulung der Mitarbeitenden

## 2. Einsatz

- Die Alarmierung erfolgt folgendermassen:
  - 07<sup>15</sup> – 19<sup>00</sup>h - Durch die Verantwortlichen der Betriebe
  - Meldungen der Polizei z.B. aufgrund eines Verkehrsunfalles
  - Meldungen von Privatpersonen

19<sup>00</sup> – 22<sup>00</sup>h                      Kantonspolizei  
 05<sup>00</sup> – 07<sup>15</sup>h

22<sup>00</sup> – 05<sup>00</sup>h                      Securitas  
 Im Auftrag der Betriebe kontrolliert ein Mitarbeiter der Securitas sechs kritische Stellen im Gemeindegebiet. Bei Schneefall wird zwischen 02.45 und 03.15 Uhr, bei Winterglätte sofort alarmiert. Die Alarmierung erfolgt durch die Zentrale der Securitas an das Pikettnatel und per Fax.

- Der Einsatzleiter bietet die Mannschaft auf. Im Einsatz stehen folgende Gruppen:

Maschinelle Strassenreinigung	3 Fahrzeuge mit je 2 Personen (1 Fahrer, 1 Bedienung des Pfluges und des Streuers)
Maschinelle Trottoir-, Strassen- und Fusswegreinigung	2 Fahrzeuge mit 2 Personen
Trottoir-, Strassen- und Fusswegreinigung von Hand	3 Gruppen, insgesamt 9 Personen

- Innerhalb einer Stunde wird mit dem Winterdienst begonnen.
- Die Schneeräumungsarbeiten auf Strassen mit angestrebter Schwarzräumung (Winterdienst-Standards A und B) werden nach Beginn des Schneefalls in Angriff genommen.  
 Auf Strassen mit Weissräumung (Standard C) wird mit den Schneeräumungsarbeiten ab einer Neuschneedecke von 3-5 cm begonnen.
- Während dem Einsatz finden regelmässige Einsatzbesprechungen mit der Winterdienstleiterin statt, eingehende Meldungen werden bearbeitet.
- Im Anschluss an den Winterdienst werden die Schachtabläufe freigelegt. Schneematsch wird weggeräumt.
- Nach jedem Einsatz werden die Fahrzeuge, Maschinen und Geräte entsprechend den Betriebsvorschriften unterhalten und für den nächsten Einsatz bereitgestellt. Alle Treibstoffbehälter der Fahrzeuge und Maschinen werden aufgefüllt.

## 4. Welches sind die Kriterien für den Einsatz von zusätzlichem Personal, Räumungsfahrzeugen, Schneepflügen, Pneu-Ladern, LKWs etc.?

Ausserordentliche Situationen wie:

- Länger anhaltender Schneefall mit wiederholten Einsätzen, so dass die Ruhezeiten nicht mehr eingehalten werden können.
- Massiver Schneefall, der in angemessener Zeit nicht mit den eigenen Mitteln bewältigt werden kann.
- Gleichzeitige Bewältigung von zwei und mehr Ereignissen, die über eine längere Zeit wesentliche Personalressourcen binden.

Bei ausserordentlichen Situationen kann der Gemeindeführungsstab (GFS) aufgeboden werden. Dieser unterstützt die Einsatzkräfte vor Ort bei der Bewältigung des Ereignisses, indem weitere externe Mittel aufgeboden werden. Für den Winterdienst bedeutet dies in Koordinati-

on mit der Feuerwehr „Manpower“ des Zivilschutzes sowie Baumaschinen und Lastwagen von Drittfirmen. Zusätzliche Winterdienstfahrzeuge und -geräte werden kaum zur Verfügung stehen.

*5. Gibt es Verträge mit ortsansässigen Baubetrieben?*

Solange wir nicht regelmässig wiederkehrend auf externe Unterstützung angewiesen sind, lohnt es sich nicht, Verträge für Vorhalteleistungen abzuschliessen. Die Erfahrung zeigt, dass die Unternehmen bei Bedarf gerne und unkompliziert auf Telefonanruf hin helfen. Es besteht eine Liste der wichtigsten Bau- und Gartenbaufirmen, so dass rasch gehandelt werden kann.

*6. Wie werden die Grundeigentümer über ihre Pflichten (Schneeräumung Garagenplätze) usw. informiert? Ist ein Merkblatt vorhanden? Auch für Zuzüger?*

Massgebend ist hier:

Obligationenrecht (OR): Art. 58

<sup>1</sup> Der Eigentümer eines Gebäudes oder eines anderen Werkes hat den Schaden zu ersetzen, den diese infolge von fehlerhafter Anlage oder Herstellung oder von mangelhafter Unterhaltung verursachen.

Weitere speziell den Winterdienst betreffende Pflichten bestehen nicht. Hier wird auf die Eigenverantwortung der Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen gesetzt. Die Bevölkerung wird jedoch zu einem den Witterungsverhältnissen angepassten Verhalten aufgefordert (Information Winterdienst im „Liestal aktuell“).

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, er sei mit den Antworten zufrieden. Die Situation im vergangenen Winter habe zu denken gegeben. Er danke dafür, dass der Stadtrat zusammengesessen und die Probleme angegangen sei. Er habe keine so lange Antwort erwartet, sondern es sei ihm vor allem um das Thema „Chienbäse“ gegangen. Der Rat sei nun sehr ausführlich informiert worden. Er wünsche keine Diskussion.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**175 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**4. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Stefan Saladin  
namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Natureisplatz zum  
Schlittschuhlaufen (Nr. 2006/111)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Natureisplatz zum Schlittschuhlaufen**

Weisst Du noch, als wir auf dem Schulhausplatz oder auf dem Gitterli Hartplatz als Kind mit den ersten Gehversuchen uns im Schlittschuhlaufen versuchten? Diese Fragen haben sich viele Liestalerinnen und Liestaler anfangs 2006 gestellt. Der lange Winter hat uns nämlich eine sehr lange Kälteperiode beschert. Ein Winter im wahrsten Sinne des Wortes. Der Jahresanfang zeigte sich von seiner eisigen Seite, wie sich das eigentlich für einen richtigen Winter gehört. Für die einen ist der Winter eine Jahreszeit, die man am liebsten auslassen sollte. Für die anderen aber hat der Winter durchaus auch viele schöne Seiten, vor allem auch für die Kinder. Aber wo sind die Eisplätze geblieben, die man auf Schulhaus- und anderen Plätzen hätte einrichten können? In anderen Gemeinden wurde diese günstige Wettersituation genützt. Eltern und Kinder hatten Spass am Schlittschuhlaufen. Spass und Bewegung müssen wir fördern, es ist unsere Pflicht, in der eigenen Wohngemeinde dafür zu sorgen. Es wäre toll, wenn künftig auch wieder in der Gemeinde Liestal so eine Eisbahn für die Bevölkerung eingerichtet würde, immer vorausgesetzt natürlich, dass das wettermässig auch möglich ist.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer befindet darüber, ob im Winter eine Natureisbahn (Platzwässern) möglich ist?
2. Warum hat der Stadtrat auf das Vereisen einer Eisbahn im Januar 06 verzichtet?
3. Wurden überhaupt Abklärungen getroffen oder wurde diese Möglichkeit der aktiven Öffentlichkeits- und Jugendarbeit schlicht vergessen?
4. Hat der Stadtrat auf den Impuls von Freiwilligen gewartet?
5. Sind möglicherweise Spargründe im Vordergrund gestanden, und wenn ja, wie viel ist gespart worden?
6. Ist der Stadtrat bereit, in Zukunft dafür zu sorgen, dass das Eislaufen in strengen Wintern wieder möglich ist, wenn nein, warum nicht?

Stefan Saladin  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
25. September 2006

---

Stadtrat Lukas Ott beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

1.) Anlaufstelle wäre bei Schulplätzen das Hochbauamt.

2.) 1967 wurde die Kunsteisbahn in Sissach eröffnet. Dies war eine Zäsur; das Interesse der Schlittschuhläufer und -läuferinnen verlagerte sich dorthin. Auch die Bedürfnisse veränderten sich: In den 70er-Jahren wurde das Hallenbad in Liestal erstellt. Liestal besitzt seither das Bad, Sissach den Eisplatz. Die Schulen sind in Bezug auf Eisplätze zurückhaltend. Heutzutage sind die Schulleitungen mit anderen Aufgaben derart befrachtet, dass sie nicht auch noch Eisplätze betreuen können.

3.) Wo kein Auftrag ist, kann man auch nichts vergessen. Es wurde nirgendwo ein solches Begehren artikuliert.

4.) und 5.) Es könnte für einen Verein oder einen privaten Anbieter interessant sein, in diesem Bereich die Initiative zu ergreifen. Der Verwaltungsrat der Gitterli AG hat bereits einmal diskutiert, eine mobile Anlage zu mieten. Aufgrund des Ammoniaks ist dies aber auf dem Betriebsgelände der Gitterli AG, das in einer Grundwasserschutzzone liegt, nicht unproblematisch. Das Anliegen steht auch hier nicht zuoberst auf der Liste.

6.) Dafür sorgen würde die Stadt nicht. Wenn aber ein Verein aktiv würde, könne er von wohlwollender Begleitung durch die Stadtbehörden ausgehen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er sei mit den Antworten zufrieden und wünsche keine Diskussion.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**176 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**7. Motion des Büros des Einwohnerrates betreffend Anpassung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates (Nr. 2006/115)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

**Motion betreffend Anpassung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates**

In Zusammenhang mit der Gesetzesrevision über die politischen Rechte im Kanton Basel-land wird vermutlich noch im Jahr 2006 eine Revision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates vorgenommen werden. Das Büro des Einwohnerrates nimmt diese Revision zum Anlass, weitere Anpassungen zu beantragen. Folgende Änderungen sollen in die bevorstehende Revision des Geschäftsreglementes aufgenommen werden:

§ 59, Präsenz, Absatz 1 (neu)	Alt
1 Zu Beginn und im Verlauf jeder Sitzung wird durch das Vizepräsidium die Präsenz namentlich festgestellt und dokumentiert. 2 <i>gestrichen</i>	1 Zu Beginn jeder Sitzung wird das Namensverzeichnis verlesen. 2 Die Präsenz wird durch das Ratssekretariat festgestellt.

Begründung: Ein Verlesen der Namensliste wurde in der Praxis abgeschafft, kostet Zeit und ist der Sache nach nicht nötig.

§ 76, Zweifache Beratung, Absatz 1(neu)	Alt
1 Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen und Vorlagen über Zonenvorschriften und Quartierplanung werden zweimal beraten. Die zweifache Beratung kann auch für andere Vorlagen beschlossen werden.	1 Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, werden zweimal beraten. Die zweifache Beratung kann auch für andere Vorlagen beschlossen werden.

Begründung: Es gab in jüngerer Zeit immer wieder Unsicherheiten, wie §76 im Hinblick auf die Gemeindeordnung zu interpretieren sei, wenn eine Zonen- oder Quartierplanungsvorlage in erster Lesung eine 4/5-Mehrheit erreicht. Die vorgeschlagene Änderung schafft Klarheit für die Praxis.

Für das Büro des Einwohnerrates  
Marie-Theres Beeler  
Präsidentin des Einwohnerrates  
26. September 2006

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erläutert, sie informiere im Auftrag des Büros. Der Vorstoss stehe im Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung auf kantonaler Ebene. Deshalb stehe eine Teilrevision des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat an. Die Motion habe zum Ziel, Aspekte in das Reglement aufzunehmen, die nicht enthalten seien, sich aber bewährt hätten. Sie frage den Stadtrat, ob er bereit sei, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat sei bereit, die Motion zu übernehmen. Er könne sich vorstellen, dass die Sache an die Spezialkommission GoR überwiesen werden. Es seien eventuell auch weitere Änderungen zu überprüfen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) meint, wenn der Stadtrat seinen Bericht vorlege, sei eine Überweisung an die GoR wahrscheinlich.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, ihre Fraktion unterstütze die Anpassungen und sei einstimmig für die Überweisung dieser Motion.

://: Die Motion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

**177 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**8. Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend  
Aufwertung Zeughausplatz (Nr. 2006/116)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend Aufwertung Zeughausplatz**

Eine Vielzahl kleiner Fachgeschäfte mit hochwertigem Sortiment und kompetenten Verkaufsstellen macht Liestal zu einem äusserst attraktiven Einkaufsort. Es ist erfreulich, dass diese Angebotsvielfalt trotz zahlreichen Grosseinkaufszentren in Nachbargemeinden tendenziell noch wächst. In besonderem Masse hat die Kanonengasse und das Umfeld um das Kantonsmuseum in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen.

Es ist eine Tatsache, dass Liestal nicht das Publikum ansprechen kann, welches effizient und vor allem möglichst günstig vom Liter Milch bis zur DVD alles an derselben Kasse mit Kundenkarte bezahlen möchte. Genauso ist es eine Tatsache, dass in Zeiten des Überangebots das Einkaufserlebnis beinahe ebenso wichtig ist wie der Einkauf selbst. Ambiente ist also das Stichwort oder, anders gesagt, stressfreie „Einkaufs-Erholungszonen“. In diesem Bereich besteht für die Stadt nach wie vor Handlungsbedarf.

In der Liestaler Altstadt gibt es einen Platz, der dafür prädestiniert ist und dies erst noch ohne grössere bauliche Massnahmen und wohl auch finanzielle Mittel. Die Kulisse stimmt, der historische Brunnen, die Bäume stehen schon und sogar eine Gelateria gibt es bereits. Der Zeughausplatz wartet nur darauf, dass ihm endlich Platz gemacht wird für Gemüsemarktstände, Strassencafés, Degustationen, kulturelle Anlässe u.a.m.

Parkplätze. Das dürfte das Problem sein. Doch wer kann sich heute den Basler Barfüsserplatz, den Münsterplatz oder gar den Bundesplatz noch als Parkplatz vorstellen? Wohl kaum jemand. Die Notwendigkeit eines attraktiven Parkplatzangebotes kann jedoch genauso wenig bestritten werden. Ebenso muss die Zufahrt zu einzelnen Fachgeschäften gewährleistet bleiben. Offenbar besteht für diese Fragen jedoch bereits ein konkreter Vorschlag seitens des Kantons.

- Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, mit welchen niederschweligen Massnahmen der Zeughausplatz aufgewertet werden kann. Der Parkplatz- und Verkehrsführungsfrage ist dabei besondere Beachtung zu schenken.

Danielle Schwab  
SP-Fraktion  
September 2006

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Dies scheine der Reaktion nach der Fall zu sein.

Danielle Schwab (SP) sagt, es sei nicht so einfach gewesen, Argumente für ihr Anliegen zu finden. Für sie sei die Aufwertung dringend nötig. Sie sei gespannt auf die Meinungen aus dem Rat. Der Zeughausplatz solle für unterschiedliche Nutzungen zur Verfügung stehen, beispielsweise für den Bauernmarkt. Die Idee zum Postulat sei entstanden, weil ihr aufgefallen sei, wie gut sich das Gewerbe in der Innerstadt entwickelt habe. Dies sei eine Stärke des Einkaufsorts Liestal, die sich in den nächsten Jahren weiter verdeutlichen werde. Sie habe auch Rücksprache mit der Leiterin des Kantonsmuseums gehalten, die in dieser Hinsicht auch schon aktiv geworden sei.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) betont, man dürfe nicht vergessen, dass viele Detaillisten auf Parkplätze angewiesen seien. Das Gewerbe müsse sich mit vielem auseinandersetzen, etwa mit den Einkaufszentren. Wenn man Parkplätze auf dem Zeughausplatz schliesse, bedeute dies für das Gewerbe einen gewaltigen Verlust. In der Kernzone solle man in nächster Zeit keinen Parkplatz mehr aufheben. Flaniermeile töne schön, die Idee entbehre aber einer wirklichen Grundlage. Man solle lieber alte Projekte aufgreifen. Der Ausbau des Kantinenwegs und das Manor-Projekt seien überfällig. Mit der Realisierung des Manor-Projekts entstehe ein Parkhaus. Das wäre eine Alternative. Die Diskussion über die Kernzone werde später kommen. Dann könne man auch über ein solches Postulat diskutieren. Seine Fraktion wolle das Postulat aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht überweisen.

Corinne Ruesch (GL) legt dar, die Grüne Fraktion halte es für wichtig, diesen Platz aufzuwerten. Läden, Restaurants und ein Museum seien bereits da. Es fehlten noch die flanierenden Kunden. Es sei aber eng dort hinten mit den vielen Autos, die dort verkehrten. Man sage „dort hinten“. Dieser Ort könne aber auch zum Zentrum gehören. Viele Autos würden den Platz als Abkürzung benutzen. Es sei schade, dass man diesen Missbrauch zulasse. Die Grüne Fraktion sei dafür, den Stadtrat zu beauftragen, dass er Massnahmen prüfe. Sie sei deshalb für die Überweisung des Postulats.

Daniel Spinnler (FDP) erwähnt, die FDP habe eine Analyse zur Unternehmer-Zufriedenheit in Liestal durchgeführt. Als grösstes Manko seien fehlende Parkplätze im Zentrum bezeichnet worden. Flanieren wäre schön. Parkplätze seien aber tatsächlich ein wichtiges Thema. Die FDP-Fraktion sei nicht gegen das Postulat. Sie sei im Gegenteil für die Überweisung, weil es sich lohnen könne, das Ganze zu prüfen. Die Bedingung seiner Fraktion sei aber, dass keine Parkplätze aufgehoben würden.

Danielle Schwab (SP) meint, das Argument der Parkplätze sei absehbar gewesen. Hinter ihrem Vorschlag stecke aber nicht einfach eigene Lust an einem schönen Platz. Natürlich sei ihr die Ästhetik auch ein Anliegen. Es gehe ihr aber hauptsächlich um die Richtung von Liestal mit seiner Vielfalt an kleinen Unternehmen. Sie sei für die Verlagerung von Parkplätzen, nicht für den Abbau. In der geplanten Rasenzone vor der Kaserne wären zum Beispiel auch einige Schrägparkplätze möglich. Sie bitte den Stadtrat darum, eine Vorlage in dieser Richtung vorzubereiten.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er wolle das Postulat im Sinne der FDP entgegennehmen. Es gebe bereits ein Vorprojekt zum Zeughausplatz. Man habe mit einer Untersuchung begonnen, wie viele Parkplätze bei einer anderen Platzgestaltung wegfallen würden. Er habe diesbezüglich mit dem Restaurant Ziegelhof und der Landi Kontakt aufgenommen. Beide Unternehmen sähen Möglichkeiten, Parkfelder vor ihren Geschäften einzurichten. Dort gebe es bis jetzt keine Markierungen. Man sei daran, eine praktikable Lösung zu finden. Der Stadtrat habe nicht die Absicht, Parkplätze aus der Kernzone zu entfernen. Er warte immer noch auf das Manor-Projekt. In zehn Tagen wisse man mehr. Jetzt sei der Stadtrat noch blockiert. Das Parkplatzmanagement von Liestal müsse man als Ganzes ansehen.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt zu bedenken, dass man auf der einen Seite von Überlastung der Verwaltung rede, sie aber auf der anderen Seite immer wieder mit scheinbar dringlichen Aufgaben versee. Der Zeughausplatz sei ein Thema, aber kein dringliches. Die Verwaltung habe andere Prioritäten. Die Detaillisten seien auf Parkplätze angewiesen. Man solle nicht Planung um Planung machen, sondern zuerst das Manor-Projekt weiterverfolgen, gerade wegen der Parkplätze. Dann könne man die Gesamtsituation wieder ansehen. Er bitte darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, als Geschäftsinhaber sei er hin- und hergerissen gewesen. Das Postulat sei ihm sympathisch gewesen, weil es das Parkplatzproblem anspreche. Er befürchte aber, dass man bei den Parkplätzen Änderungen vornehmen würde und keinen gleichwertigen Ersatz finde. Deshalb sei er gegen die Überweisung.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, er sei dafür, der Sache eine Chance zu geben, indem man abwarte, wie sich das Manor-Projekt entwickle. Man solle eines nach dem anderen machen und nicht immer wieder etwas Neues. Liestal sei Weltmeister im Planen, im Realisieren aber schlecht.

://: Das Postulat wird mit 21 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

**178 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**10. Fragestunde**

1. Frage, Beat Gränicher (SVP): Warum bietet die Stadt Liestal keine Tageskarten eines GA an? Beispiele: Bubendorf bietet vier solche Karten an, Lausen zwei. Die Sache könnte auch durch ein Geschäft in Liestal betreut werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, der Stadtrat habe das Angebot von zwei Tageskarten beschlossen. Die Bewirtschaftung solle nicht im Rathaus stattfinden. Zurzeit kläre man mit einer externen Verkaufsstelle ab, ob sie für die Bewirtschaftung in Frage käme. Das Angebot werde voraussichtlich auf den 01.01.2007 realisiert.

2. Frage, Danielle Schwab (SP): Vor der Kaserne ist ein breiter Streifen englischen Rasens angelegt worden, der nach erster Einschätzung ausser regelmässiger Gartenarbeit keinen ersichtlichen Mehrwert bringt. Die Parzelle würde sich ausgezeichnet für Parkplätze (Schrägparkierung) eignen. Hat der Stadtrat diesbezüglich schon Überlegungen gemacht?

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, die Gestaltung des Rasenplatzes inklusive Bauerndenkmals erfolge koordiniert mit dem Bau des Kantinenwegs. Der Platz solle möglichst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Parkplätze seien in diesem Bereich nicht vorgesehen, da bereits der Bau des Kantinenwegs einen erheblichen Teil der heutigen Rasenfläche beanspruchen werde.

3. Frage, Astrid Basler (GL): An der Quartiersversammlung Rosen wurde informiert, dass zwei zusätzliche Mobilfunkstationen gebaut werden sollen, auf dem Gitterliareal und unten an Liestal (Nord). Welche Einnahmen generiert die Stadt durch die Vermietung von Antennenanlagen auf gemeindeeigenem Areal und oder Gebäuden und braucht es für diese beiden Anlagen eine Baubewilligung?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, Mobilfunkanlagen benötigten grundsätzlich eine Baubewilligung. Die Einnahmen würden mit den Eigentümern der Grundstücke ausgehandelt. Die Stadt Liestal sei weder vom Gitterliareal noch vom Grundstück an der Spitalstrasse Eigentümerin. Die Stadt habe alle Anbieter aufgefordert, ein Konzept für die Antennen-Standorte zu unterbreiten.

4. Frage, Astrid Basler (GL): Mit der erweiterten Breitbandtechnologie in der Schweiz werden grössere Verteilkästen aufgestellt. Wie aus dem Zeitungsbericht zu erfahren war, sind diese sehr wuchtig. Hat die Stadt Liestal auch solche Bewilligungen für Kabinen erteilt?

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, bei der Stadt Liestal seien zwei Kleinbaugesuche hängig. Die Bewilligungen seien noch nicht erteilt worden. Die geplanten Masse seien L/B/H 2.2/0.5/1.3 m und 2.05/0.5/1.4 m.

5. Frage, Bernhard Fröhlich (FDP): Ist der Stadtrat gewillt, auf dem Gitterli-Areal einen Kunstrasen zu realisieren und wenn ja, wann ist mit einer entsprechenden Vorlage an den Einwohnerrat zu rechnen?

Stadtrat Lukas Ott sagt, der Stadtrat sei hier bereits an der Arbeit. Im Investitionsprogramm sei ein Fenster aufgegangen. Die Vorlage komme anfangs 2007.

6. Frage, Hans Brodbeck, FDP: Mit dem Martinshorn und dem Blaulicht verschaffen sich die Einsatzfahrzeuge Vortritt. Polizei, Feuerwehr und Ambulanzen sind in Liestal rasch zur Stelle. Die Regionalisierung führt aber zu immer mehr Einsätzen auswärts und die umständliche Verkehrsführung in Liestal und das tagsüber hohe Verkehrsaufkommen zu stärkeren Martinshörnern, welche im Siedlungsgebiet immer häufiger auf Dauerbetrieb geschaltet werden. Dies oft schon vor morgens 6 Uhr und bis nach Mitternacht. Wo ist die rechtliche Grundlage, welche zulässt, dass die unbeteiligte Wohnbevölkerung derart mit Lärm belastet wird?

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, die rechtlichen Grundlagen seien das Schweizerische Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958; ein Kreisschreiben des Bundes an die Kantone vom 1.11.1974 und eine Weisung des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vom 6.06.2005. Die stadteigenen Blaulichtorganisationen Stadtpolizei und die Feuerwehr setzen das Martinshorn zurückhaltend ein.

7. Frage, Erika Eichenberger (GL): Noch immer warten die angefragten Personen auf eine Zusage oder Absage betreffend ihr Mandat in der Jugendkommission. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen: 1. Wann werden die angefragten Personen über deren Wahl/ Nichtwahl informiert? 2. Wann findet die erste Sitzung statt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin berichtet, die Wahl der Kommissionsmitglieder durch den Stadtrat sei am 31.10.2006 erfolgt. Die gewählten Mitglieder würden umgehend über ihre Wahl informiert. Eine erste Sitzung der neu gewählten Jugendkommission werde voraussichtlich Ende November/anfangs Dezember 2006 stattfinden.

8. Frage, Hans Rudolf Schafroth (SVP): Die Randsteingestaltung am Trottoir Gasstrasse Elektra vor dem Fussgängerstreifen Kreuzung Mühlemattstrasse - Grienmattweg hat in der vergangenen Zeit zu diversen Zwischenfällen geführt. Die Verbreiterung ist vor allem bei Regen schlecht sichtbar. Diverse Autofahrer erlitten Reifenschaden, weil sie mit der Randsteinkante touchiert hatten. Auch gab es riskante Ausweichmanöver, weil die Trottoir-Verbreiterung zu spät erkannt wurde, und dies alles vor dem Fussgängerstreifen. Was kann unternommen werden, damit die Situation verbessert wird?

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, die Zwischenfälle seien auf der Verwaltung nicht gemeldet worden. Ein erster Augenschein habe gezeigt, dass die Ausführung im Grundsatz den Strassenbaunormen entspreche. Es sei in dieser Zeit (Abendverkehr) auch keine problematische Situation beobachtet worden. Damit man geeignete Massnahmen ergreifen könne, würde sie gerne die Situation vor Ort mit dem Fragenden besprechen.

9. Frage, Corinne Ruesch (GL): Im Reklamereglement § 12 Abs. 1 wird festgehalten: „Leuchtende Reklamen sowie die Beleuchtungen von Reklamen sind von 02.00 – 06.00 Uhr auszuschalten.“ Damit wird die Lichtverschmutzung eingedämmt, zu Gunsten von Zugvögeln und lichtempfindlichen Insekten. Wird diese Regelung kontrolliert und eingehalten?

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, das Thema Lichtverschmutzung sei dem Stadtrat ein Anliegen. Aus Kapazitätsgründen könne diese Regelung zurzeit aber nicht kontrolliert werden.

10. Frage, Corinne Ruesch (GL): Am Freitag- und Samstagabend/-nacht treffen sich teils noch recht junge Jugendliche vor dem Denner in der Seestrasse. Dort kaufen und konsumieren sie Alkohol. Haben die Streetworker dies wahrgenommen und stehen sie mit diesen Jugendlichen im Kontakt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, sie habe mit der Kantonspolizei Kontakt gehabt. Diese kenne das Problem und werde Massnahmen ergreifen. Das Thema habe nichts mit den Streetworkern zu tun, das Problem müsse auf anderer Ebene gelöst werden.

11. Frage, Regina Vogt (FDP): Im Zusammenhang zum Thema alternative Energiegewinnung / Bio-Power möchte ich den Stadtrat anfragen, ob er sich über die Verwertung von Biomasse respektive über eine Anbindung an das Logistik-Konzept „Sammlung & Verwertung von organischem Grünabfall“ bereits einmal Gedanken gemacht hat?

Stadträtin Marion Schafroth bestätigt, dies sei der Fall, und zwar bereits seit der Aufnahme des Punktes „Grüngut-Abfuhr“ ins Jahresprogramm 2006. Der Stadtrat beurteile das Biopower-Konzept grundsätzlich positiv. Der Versuch, den Wechsel von Kompostierung zu Vergärung mittelfristig mit umliegenden Gemeinden gemeinsam zu vollziehen, organisiert als Zweckverband, sei gescheitert. Bis ca. Januar 2007 werde das Departement Betriebe betreffend Biomassenverwertung einen Vorschlag zur Entscheidung ausarbeiten.

12. Frage, Stefan Saladin (SVP): Immer wieder müssen wir von verärgerten Passanten und Gewerblern hören, warum dieses unmögliche Getränke-Wurst-Kebab-Kastengefährt mit Tischgarnituren in der Rathausstrasse beim Törlü steht. Wie lange bleibt dieser Kebab-Stand noch in der Rathausstrasse?

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, ein alternativer Standort sei in Zusammenarbeit mit dem Betreiber in Abklärung. Der Entscheid solle noch dieses Jahr gefällt werden. Die Erfahrungen mit dem Kebabstandbetreiber seien im Übrigen gut. Am Wochenende stehe der Stand nicht im Stedtli.

13. Frage, Elisabeth Spiess (GL): Wird die Feuerwehr bei Einsätzen an Grossveranstaltungen von Vereinen, wie z.B. das Fussballspiel FC Liestal gegen den FC Basel, von den Veranstaltern entschädigt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, § 2 Abs. 3 Gebühren- und Besoldungsreglement der Stützpunkt-Feuerwehr Liestal vom 29.11.1999 bestimme, dass die vorsorgliche Brandwache bei Veranstaltungen vom Veranstalter entschädigt werden müsse. Das angeprochene Ereignis habe eine Ausnahme dargestellt.

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon